

AL INFO

www.al-zh.ch

ID	NAME
Computer System GmbH	
Computer Systems GmbH	
Computer Printing Verlag GmbH	
Computer Partner Software GmbH	
Computer Partner	
Computer Partner	
Computer Products GmbH	
Computer Programmer Service	
Computer Print GmbH	
Computer Printing GmbH	
Computer Sales Center	
Computer Sales Business &	
Computer Sales	
Computer Service	
Computer Services GmbH	
Computer SERVICE RVV Bernau	
Computer Information	
Computer Sales Service GmbH	

Keine legalen Fichierungen!
Gewaltbereite Personen werden bereits in der nationalen HOOLGAN registriert. Zürich braucht keine zusätzliche Datenbank. Mehr dazu auf **Seite 2**



Neues Volksschulgesetz. In der Stadt Zürich fehlen Hortplätze und LehrerInnen für die Sprachförderung von MigrantInnen. Wenn die Volksschulreform erfolgreich sein soll, braucht es mehr Ressourcen. **Seite 3**

Kein Steuer-Bonus für ausländische Multimillionäre

Niklaus Scherr | **JA zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung!** Am 8. Februar kommt die AL-Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für ausländische Millionärinnen und Millionäre (Abschaffung der Pauschalsteuer)» zur Abstimmung. Sie wird von SP, Grünen, Gewerkschaftsbund, EVP, EDU und SD unterstützt. Ein Ja in Zürich wäre ein landesweites Signal gegen das von bürgerlicher Seite forcierte Steuer-Dumping. Sofern sie hier nicht arbeiten, können ausländische Multimillionäre von der Pauschalbesteuerung profitieren. Sie müssen bloss einen pauschalen Betrag, in der Regel den fünffachen Mietwert ihrer Wohnung, als Einkommen versteuern. Die Initiative der AL will dieses skandalöse Privileg abschaf-

fen. Jeder soll Steuern nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zahlen. Die Pauschalsteuer verletzt die Rechtsgleichheit und untergräbt die Steuermoral.

Business-Nomaden, Schein-Erwerbslose. Ursprünglich für RentnerInnen gedacht, die hier ihren Lebensabend verbringen («Lex Chaplin»), wird die Pauschalbesteuerung immer mehr von Business-Nomaden und Schein-Erwerbslosen beansprucht, die ihre weltweiten Firmenkonglomerate von Zürich aus managen. Heute sind zwei Drittel der Pauschalbesteuerten weniger als 65 Jahre alt, zwei Personen sogar unter 30; die Mehrheit hat Wohnsitz in der Business-Metropole Zürich. Krassste Beispiele: der deutsche Milchbaron Theo Müller («Alles Müller oder was?») und der russische Multimilliardär Viktor Vekselberg. Vekselberg, reichster Einwohner des Kantons Zürich, offiziell hier nicht erwerbstätig, managt über die Renova Management AG am Bleicherweg via Subholdings in Panama, Bahamas, Cayman Islands, Virgin Islands und Zypern seine massgeblichen Beteiligungen an Sulzer, OC Oerlikon und Züblin.

Unbehagen auch in bürgerlichen Kreisen. Auch Bürgerliche lassen offen und versteckt ihr Unbehagen über die Pauschalbesteuerung zu erkennen. FDP-Finanzvorsteherin Ursula Gut aus Küsnacht monierte an der freisinnigen Delegiertenversammlung, das so gewonnene Steuersubstrat sei unwesentlich, und einzelne Pauschalbesteuerte zahlten bis zu 99 Prozent weniger Steuern als bei einer regulären Veranlagung.

Zürich braucht keine Lockvogelangebote. Noch ist es Zeit, die im Kanton Zürich 1999 eingeführte Pauschalbesteuerung abzuschaffen, ohne dass ein finanzieller Flurschaden eintritt. Während es in der Waadt weit über 1000 sind, profitierten 2006 in unserem Kanton 137 ausländische Multimillionäre davon. Sie lieferten dem Kanton ganze 7 Millionen Franken Steuern ab – ein Klacks verglichen mit den 4'800 Millionen Franken Staatssteuer-Einnahmen! Zürich hat es nicht nötig, Steuerflüchtlinge und Steueroptimierer mit fragwürdigen Lockvogelangeboten anzuziehen. Wir wollen keine Günstlingswirtschaft für Börsenzocker.

AL DAS LIEBE GELD

Mit grossem zeitlichem und finanziellem Aufwand engagiert sich die AL für die Abschaffung der Pauschalsteuer. Für die laufende Kampagne brauchen wir dringend noch Geld. Diesem Info liegt ein Flyer mit Einzahlungsschein bei. Wir bitten um freundliche Beachtung und danken bereits im Voraus für kleine und grosse Spenden.



Manuela Schiller ist Vorstandsmitglied der AL

Von Hooldat zu Gamma

Manuela Schiller | **Das Stadtparlament von Zürich hat am 19. November 2008 mit 74 zu 44 Stimmen die überarbeitete Verordnung für die Datenbank Gamma genehmigt.** Dafür waren FDP, CVP, EVP und die Mehrheit der SP. Dagegen stimmten die SVP, die Grünen, die AL und sechs dissidente SP-GemeinderätInnen. Nach der zweiten Lesung im Februar 2009 könnte die Verordnung in Kraft treten. Könnte. Denn bereits haben sich Interessierte aus Politik und Fankreisen getroffen, um gemeinsam ein Referendum vorzubereiten. Sie sind der Ansicht, dass es diese neue städtische Datenbank nicht braucht.

Hoogan, Hooldat, Gamma. Schweizweit werden seit zwei Jahren vermeintliche oder tatsächliche «Hooligans» in der nationalen Datenbank HOOGAN erfasst. Es handelt sich um eine Massnahmendatenbank. Erfasst werden ausschliesslich Personen mit Rayonverbot, Meldeaufgabe, Ausreisebeschränkung, Polizeigewahrsam oder mit einem (privaten) nationalen Stadionverbot. Letztes wird erfasst, wenn man sich «nachweislich gewalttätig» verhalten hat. Als solcher Nachweis genügt dabei schon eine glaubwürdige Aussage eines privaten Sportfunktionärs – oder aber eine polizeiliche Anzeige.

Ziel: Deanonymisierung. Christoph Voegeli, dem Leiter der Zentralstelle Hooliganismus und gleichzeitig Chef des Sicherheitsdienstes bei der Stadtpolizei Zürich sowie der politischen Mehrheit im Zürcher Gemeinderat genügt dies

nicht. Auf der Homepage der Stadt Zürich heisst es zum Sicherheitsdienst: «Der Sicherheitsdienst entstand im Sommer 1991 infolge des Informationsbedürfnisses des Kommandos und der neuen politischen Führung der Stadtpolizei Zürich. Denn auch nach der ‚Fichenaffäre‘ blieb das Bedürfnis nach Informationen (...) auf dem Gebiete der Stadt Zürich bestehen.» Ziel ist es, die Fans so frühzeitig wie nur möglich zu fichieren.

Die Szenekenner der Fachgruppe Hooliganismus kennen und beobachten bereits heute viele Fans. Bis vor einiger Zeit war dieses Wissen im Kopf der Polizisten oder vielleicht in ihrem Notizbuch oder auf einer Karteikarte vorhanden. Mit dem Einzug der modernen Technik landete alles im Computer und es entstand die städtische Datensammlung Hooldat.

Gesetzliche Grundlagen fehlen. Der oberste städtische Datenschützer war jedoch der Ansicht, dass es für diese Datensammlung eine gesetzliche Grundlage braucht. Den ersten Entwurf wies die Mehrheit des Gemeinderates im Februar 2008 zur Überarbeitung zurück. Der zweite Entwurf wurde nun genehmigt. Zweck der Datenbank soll die «Früherkennung und Verhinderung von Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung anlässlich von Sportveranstaltungen durch Deanonymisierung gewaltsuchender und gewaltbereiter Besuchender und Besuchergruppen» sein. Hinzufügen bleibt, dass gewaltbereite Personen schon heute in der nationalen Datenbank HOOGAN re-

gistriert werden. Es braucht für sie keine zusätzliche städtische Datenbank.

Verkehrte Welt. Das Ansinnen, auch «gewaltsuchende» Personen legal zu fichieren, ist neu. Betroffen wären Personen, von denen die Polizei vermutet, sie könnten vielleicht in Zukunft gewaltbereit oder gar gewalttätig werden. Ins Visier geraten diese Fans aber schon dadurch, dass sie beispielsweise die Spiele regelmässig in der Kurve verfolgen, mit polizeilich schon bekannten Fans verkehren oder sich einfach in deren Nähe aufhalten. Nebst den VertreterInnen der AL und den Grünen waren es ausgerechnet die Vertreter der SVP, die vor der Abschaffung der Unschuldsvermutung warnten und die GenossInnen der SP fragten, was sie aus der Geschichte gelernt (oder eher vergessen?) haben.

BWIS-Konkordat

Das Hooligangesetz soll ab 2010 durch ein Konkordat abgelöst werden. Die Datenbank Hoogan wird weiterhin vom Bund geführt. Rayonverbot, Meldeaufgabe, Ausreisebeschränkung und Polizeigewahrsam bleiben bestehen. Die Polizei soll neue Stadionverbote empfehlen können. Gegen solche rein privatrechtlichen Stadionverbote kann man sich nicht wehren. Im Kanton Luzern haben Fans, gemeinsam mit Vertretern der Jungen Grünen und der Jungen SVP erfolgreich ein Referendum ergriffen. Im Kanton Zürich und im Kanton Schaffhausen ist das Geschäft zurzeit in der zuständigen kantonsrätlichen Kommission. Es ist davon auszugehen, dass in beiden Kantonen der Beitritt beschlossen wird. Fans, die AL sowie die Grünen erwägen auch hier die Ergreifung des Referendums.



Walter Angst vertritt die AL in der Rechnungsprüfungskommission

Volksschulgesetz: Mangelhafte Ressourcenplanung

Walter Angst | **Für eine erfolgreiche Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes braucht es mehr Geld und mehr Personal.**

Im Sommer 2009 will die Stadt Zürich mit der integrierten Förderung ein wichtiges Postulat des neuen Volksschulgesetzes flächen-

deckend umsetzen. Ob den Schulen auch die Ressourcen für die erfolgreiche Umsetzung dieses Programms zur Verfügung gestellt werden, blieb an der Budgetdebatte im Zürcher Gemeinderat offen.

Integrierte Förderung bedeutet, dass Schulkinder mit besonderen Bedürfnissen künftig in den Regelklassen unterrichtet werden. Noch im Sommer 2008 sind in der Stadt Zürich 1105 Schulkinder in 109 Kleinklassen unterrichtet worden. Im Sommer 2009 wird es noch 12 Kleinklassen mit 139 Plätzen geben. Dieser radikale Schnitt wird nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn die besondere Förderung in den Regelklassen funktioniert. Zum Beispiel mit dem Programm «Deutsch als Zweitsprache» für Kinder aus Migrationsfamilien, das die Sprachförderklassen ersetzen soll.

Mangelwirtschaft im Fremdsprachenunterricht... 48 Stellen sind im Stellenplan des Stadtrates ab Sommer 2009 für die sprachliche Förderung von 4800 Schulkindern und 1500 Kindergartenkindern reserviert, die eine spezielle sprachliche Förderung brauchen. Diese 6300 SchülerInnen haben gemäss den kantonalen Vorgaben Anspruch auf mindestens eine halbe Lektion Sprachförderunterricht. Eine einfache Multiplikation zeigt, dass die 48 SprachförderlehrerInnen, die die Stadt Zürich einstellen will, 63 Wochen-Lektionen erteilen müssten, wenn die Stadt das vom Kanton vorgegebene Minimum

an Sprachförderung garantieren möchte. Wie das gehen soll, konnte Stadtrat Lauber dem Gemeinderat bisher nicht erklären.

...und bei den Horten. Noch drastischer ist die Lage bei den Horten. Das Volksschulgesetz sagt, dass genügend Plätze für die Mittagsbetreuung angeboten werden müssen. Gemäss Aussagen des Schulamtes fehlen in der Stadt Zürich zur Zeit noch zwei- bis dreitausend Hortplätze. Im Budget des Stadtrates für das Jahr 2009 stehen aber nur die Mittel für 250 neue Hortplätze bereit.

Die Behörden erklären diesen Skandal mit den hohen baulichen und hygienischen Anforderungen, die der Kanton für neue Horte vorgebe. Die Immobilienabteilung der Stadt Zürich sei schlicht nicht in der Lage, mehr Räume für die Einrichtung von Horten zur Verfügung. Angesichts der 343 Millionen Franken, die die Stadt Zürich im Jahr 2009 für bauliche Massnahmen in ihren Verwaltungsbauten budgetiert, ist das ein Scherz der Extraklasse – und ein grandioses Armutszeugnis für die bürgerliche Anwärtlerin auf den Sitz der Stadtpräsidentin.

Auf die Finger schauen. Es wäre ein grosser Fehler, wenn die angespannte Finanzlage der Stadt Zürich die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes belasten würde. Nicht nur in der IT gilt, dass der Erfolg von «Change-Prozessen» von den bei Planung und Umsetzung zur Verfügung stehenden Ressourcen abhängig ist.

Personalpolitik 1. Grüne Kapriolen

Mit den Stimmen der Grünen hat der Gemeinderat ein Postulat der bürgerlichen Sparer überwiesen, mit dem die Zahl der städtischen Stellen plafoniert werden soll. Die AL ist zwar nicht der Meinung, dass uns jeder städtische Angestellte einen Schritt näher zum Gemeindesozialismus bringt. Richtig ist jedoch, dass es für den Ausbau der Glattalbahn, den Bau und den Betrieb des Breitbandnetzes, den ökologische Umbau des ewz, die Aufrechterhaltung des Betriebs in den Pflege- und Altersheimen und die Bedürfnisse der Volksschule und der ausserschulischen Kinderbetreuung mehr «Städtische» braucht. Eine Plafonierung des Stellenetats ist mit den beschlossenen Verbesserungen des Service Public nicht realisierbar, wenn man nicht im grossen Stil privatisieren will.

Personalpolitik 2. SP-Kapriolen

In der Budgetberatung hat die SP-Fraktion verkündet, dass man wegen der angespannten Finanzlage nicht mehr Geld für Lohnmassnahmen budgetieren wolle. Die SP wolle jedoch die auch beim Kanton deponierte VPOD-Forderung nach einer 5. Ferienwoche für alle mittelfristig auch bei der Stadt realisieren. Eine entsprechende SP-Motion war ausformuliert und beschlossen, deren Einreichung wurde aber an der letzten Fraktionssitzung der Stadtpartei vor Weihnachten blockiert. Die AL ist in die Bresche gesprungen und hat die Ferien-Motion eingereicht.

zürinet: «Chopf abä und seggle»

Walter Angst | **Das ewz darf die Kadenz beim Ausbau des Glasfasernetzes erhöhen. Die AL hat mit einem Budgetantrag dafür gesorgt, dass sich Ende 2009 doppelt so viele Haushalte ohne Swisscom und Cablecom Zugang zur Datenautobahn verschaffen können.**

Was wäre ein sinnvolles Konjunkturprogramm für die Stadt Zürich? Die Gemeinderatsgruppe der AL ist im Herbst 2008 zum Schluss gekommen, dass es beim Elektrizitätswerk der Stadt Zürich eine Antwort auf diese Frage gibt. Der vor anderthalb Jahren im Grundsatz beschlossene Ausbau des «zürinet» soll beschleunigt werden. Statt der geplanten 85 sollen 2009 150 Glasfaserkilometer verlegt und statt der geplanten 6000 sollen 12000 Haushalte neu die Möglichkeit erhalten, sich ans «zürinet» anzuschliessen.

Den freisinnigen Stadtrat und ewz-Vorsteher Andres Türlér hat sich sehr gefreut über diesen Vorschlag. Weil inzwischen auch die Konkurrenz dränge, habe er dem ewz beim Breitbandnetz die Devise «Chopf abä und seggle» verordnet.

Nervöse Swisscom. Weniger gefreut hat es ebendiese Konkurrenz. Zwei Tage vor Beginn der Budgetdebatte des Gemeinderats hat der Monopolist der letzten Meile ausgewählte Pressevertreter zu einem Gespräch geladen, um ihre Glasfaser-Charmeoffensive zu verkünden. Man biete den lokalen Elektrizitätswerken einen gemeinsamen Ausbau des Breitbandnetzes an. Statt einem wolle man vier Kabel in den Boden

verlegen – eines davon exklusiv für die Swisscom, drei für die anderen Telefon-, TV- und Datenübertragungs-Anbieter. 250 Millionen Franken habe man dem ewz für das grosse Gemeinschaftsprojekt geboten – und sei über die momentan noch abschlägige Antwort enttäuscht.

Eine Frage der Grösse. Bei dieser Enttäuschung wird es wohl bleiben, weil das ewz per Volksentscheid auf die Trennung von Netz und Anbieter (open access) verpflichtet ist. Und weil das ewz vermutlich das einzige kommunale Elektrizitätswerk ist, das über die Grösse, das Know-How und die finanziellen Reserven verfügt, um die Mammutinvestition in kurzer Zeit realisieren und die Marketingstrukturen für eine langfristig kostendeckende Bewirtschaftung bereitstellen zu können.

Wer profitiert? Zurzeit profitieren bereits die MieterInnen einiger neuer Genossenschaftssiedlungen (zB. A-Park, Hagenbränneli) vom «zürinet». Die Erschliessung ist in diesen Fällen besonders attraktiv, weil man nur ein Kabel ins Haus ziehen muss, um Strom, Telefon, TV und Internet in die Wohnung zu bringen. Realisiert ist auch die zürinet-Erschliessung zwischen Bahnhof Enge und Hauptbahnhof. Orange (http://www1.orange.ch/residential_internet_orange-home.html) und Netstream (<http://www.netstream.ch/netstream/juice?pageID=231807>) sind die ersten Provider, die Dienstleistungen für Privat- und Geschäftskunden auf dem Glasfasernetz des ewz anbieten.

AL VEREIN

Mitglied werden. Vor zwei Jahren hat sich die Alternative Liste als Verein konstituiert. Werde auch Du Mitglied und hilf uns unsere Liquidität für die laufenden Verpflichtungen (Lohn, Sozialkosten, Miete ect.) zu sichern. Der ordentliche Mitgliederbeitrag pro Jahr beträgt 100 Franken, für Nichterwerbstätige oder Kleinverdienende 50 Franken. Die Unterlagen sind auf dem Sekretariat sekretariat@al-zh.ch oder unter 044 242 19 45 zu bestellen. Schon im Voraus herzlichen Dank für Deine Unterstützung!

AL AGENDA

Dienstag, 3. Februar und 31. März.

Die AL-Vollversammlungen finden am Dienstag 3. Februar (politischer Input und anschliessend Apéro) und am Dienstag, 31. März statt. Wir treffen uns jeweils um 19.00 im Helmiraum, Hohlstr. 86c, 8004 Zürich. Alle sind herzlich willkommen.

Dienstag, 24. März. AL-Infoapéro für Neuinteressierte oder solche die es noch werden wollen am 24. März um 18.00. Anmeldung auf dem Sekretariat sekretariat@al-zh.ch oder 044 242 19 45.

AL IMPRESSUM

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich

Homepage www.al-zh.ch

Sekretariat Katharina Gander, Molkenstr. 21, 8004 Zürich.

Mail sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 **Fax.** 044 242 19 60
Das Sekretariat ist dienstags, am Mittwochmorgen und donnerstags besetzt.

Preis Jahresabo CHF 10.–, Vereinsmitglieder erhalten das «info» gratis.

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 2200 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich

Redaktion Katharina Gander